

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Nachrichten Dresden
Verlagsnummer: 25 241
Preis für Abnehmer: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 10. Septbr. 1927 bei idealer zweimaliger Auslieferung drei Hans 1.50 Mk.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 25 Bg., für auswärts 40 Bg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Bg., außerhalb 25 Bg., die 90 mm breite Reklamageselle 200 Bg., außerhalb 250 Bg., Offertenanträge 10 Bg., Annoncen-Verträge gegen Vorauszahlung.

Verantwortlicher: Carl Heine
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden
Vollständig-Konto 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe. „Dresdner Nachr.“ nicht als Unberechtigter Schriftsteller werden nicht aufbewahrt.

Hotel Bellevue

Nachmittag-TEE mit Konzert.
Mittag- und Abend-Tafel im
Terrassen-Saal an der Elbe.
Bekanntes vornehme Tafelmusik.
Festsäle mit Konferenzzimmer.

Jeden Mittwoch Abend
Reunion

Wachsende Spannung Paris—Moskau.

Eine ernste Verwarnung der Sowjets im französischen Ministerrat beschlossen.
Wieder ein englischer Start zum Amerika-Flug. — Neue Zentrumsstimmen gegen Dr. Wirth. — Briand in Genf eingetroffen.

Die Wirkung der bolschewistischen Umtriebe.

London, 3. Sept. Die „Exchange Telegraph“ aus Paris berichtet, hat sich der französische Ministerrat gestern ausführlich mit dem gegenwärtigen Stand der französisch-russischen Beziehungen beschäftigt. Der Innenminister habe an verschiedenen Beispielen dargestellt, daß Personen, die in irgendeiner Hinsicht direkt mit der russischen Volkswirtschaft in Verbindung stehen, auf französischem Gebiet eine Tätigkeit entfalten, die von der Regierung nicht geduldet werden könne. Briand habe sich im Verlauf der Sitzung dafür eingesetzt, daß dem gegenwärtigen in Moskau weilenden russischen Botschafter Rakowski ein förmlicher, aber bestimmter Protest gegen die bolschewistische Aktivität in Frankreich unterbreitet werde. Ein Mitglied der französischen Regierung, das den vollständigen Abbruch der Beziehungen zu Moskau befürwortete, habe die Gelegenheit benutzt, diese Ansicht erneut vor den Ministerrat zu bringen. Es sei nicht wahrscheinlich, daß eine solche Maßnahme von dem Ministerrat gebilligt werde, vielmehr werde sich die französische Regierung darauf beschränken, den sowjetrussischen Behörden eine Warnung im Sinne der Enthaltung jeder Propagandatätigkeit in Frankreich zu erteilen. (Z. U.)

Der „Matin“ gegen Rakowski.

(Durch Funkdruck.)

Paris, 3. Sept. Die „Matin“ berichtet, hat der französische Botschafter in Moskau im Auftrage Briands bei Tschitscherin dagegen protestiert, daß der Sowjetbotschafter in Paris, Rakowski, ein Manifest unterzeichnet hat, das sich in seinem Inhalt gegen die bürgerlichen Regierungen wendet. Tschitscherin habe Rakowski desavouiert und Frankreich habe somit offiziell Genugtuung erhalten. Wenn man also auch Rakowski als Botschafter gelabelt habe, so habe man ihn

andererseits jedoch als Parteimann wegen des gleichen Schrittes begrüßt. Eine solche Lage sei auf die Dauer nicht erträglich. Rakowski müsse abberufen werden. (W. T. U.)

Sauerwein zum Abrüstungsproblem.

Paris, 3. Sept. Zu der von polnischer Seite in Genf abgegebenen Erklärung, daß Polen der Vollversammlung des Völkerbundes einen allgemeinen Nichtangriffspakt nicht vorschlagen werde, erklärt Sauerwein heute im „Matin“, es sei wahrscheinlich, daß die polnische Regierung sich für eine Ausdehnung der Locarno-Abmachungen einsetzen werde. Das Plakat der Seeabrüstungskonferenz habe die Befürchtung ausgelöst, daß das Abrüstungsproblem aufgegeben werde. Man spreche bereits davon, die für den Oktober festgelegte Konferenz zu verschieben. In diesem Falle werde Deutschland zu der Erklärung berechtigt sein, daß der Völkerbund seinem eigenen Pakt nicht treu sei, wonach die Abrüstung des Reiches nur ein Vorspiel für eine allgemeinere Abrüstung sein sollte.

In Europa beanspruchten die schwachen und neugeschaffenen Staaten Schutz, nur Frankreich könne als Großmacht die Initiative hierzu übernehmen. Es müßte sich in diesem Falle klar darüber sein, daß bei Verfolgung dieser Politik die konterrevolutionäre englische Regierung es übernehmen müsse, mit Frankreich zu kooperieren. Wenn aber England sich weigere, müsse Frankreich den Mut haben, sich auf diesem Gebiete klar von England zu trennen. Weiter müsse tonalweise anerkannt werden, daß, wenn man Deutschland dazu bringe, in neue Sicherheitskombinationen einzutreten, und man es zu Versicherungen über den österreichischen Anschluß veranlasse, die noch sieben Jahre dauernde Rheinland-Belegung nicht mehr zu rechtfertigen sei.

Deutsche Qualitätsarbeit als oberste Wirtschaftsforderung.

Die Verhandlungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie sind wegen der großen Summe an politischer und wirtschaftlicher Intelligenz, die sich in dieser Spitzenorganisation vereinigt, immer der Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit in der gesamten Öffentlichkeit ohne Unterschied der Partei, ebenso wie die Jahresberichte des Verbandes, die in Buchform herausgegeben werden, eine Quelle reicher sozial-politischer Belehrung auch für solche Kreise bilden, die kritisch genug veranlagt sind, um gegen gewisse unvermeidliche Einseitigkeiten des Unternehmerstandpunktes die Augen nicht zu verschließen. Die diesmalige Jahrestagung in Frankfurt am Main bot insofern eine Überraschung, als in ihrem Mittelpunkt nicht steuer- und sozialpolitische Fragen standen, wie man es nach der ganzen Wirtschaftslage wohl hätte erwarten können. Beherrschend wurden die Beratungen vielmehr von der rein wirtschaftlichen Frage der Qualitätsarbeit als Voraussetzung für die Erhaltung unserer industriellen Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt. Wenn irgend etwas geeignet ist, die überragende und ausschlaggebende Bedeutung der Qualitätsarbeit für unser wirtschaftliches Fortkommen nach allen Seiten hin in helles Licht zu rücken, so ist es die Tatsache, daß der Reichsverband der Deutschen Industrie dieses Kapitel in Frankfurt zum Leitmotiv seiner Verhandlungen erwählt hatte. Damit ist eine deutliche Korrektur derjenigen Auffassung gegeben, die immer nur die Förderung der Ausfuhr als solcher propagiert, ohne auf die gleichzeitige Betonung der Qualitätsarbeit den gehörigen Nachdruck zu legen. Gewiß ist es bedingungslos richtig, daß die Belebung der Ausfuhr eine Lebensfrage für Deutschland darstellt, die um so dringlicher sich gestaltet, je mehr die Lücken des Dawes-Planes unsere Kapitalkraft vermindern. Da aber die fremden Länder sich mit allen möglichen Mitteln gegen deutsche Waren abzusperren suchen, unter anderem durch eine mit größtem Aufwande betriebene Propaganda für den Einkauf heimischer Erzeugnisse, so werden wir nur dann auf den fremden Märkten Erfolg haben, wenn wir durch Billigkeit und Qualität zugleich die fremden Erzeugnisse in den Schatten stellen können. Kein Land wird auf die Dauer fremde Waren von seinem Markte fernhalten können, wenn sie auf Grund der bezeichneten beiden Eigenschaften konkurrenzfähig sind. Das ist ein wirtschaftliches Naturgesetz. Wenn wir Deutsche daher den fremden Boykott unserer Erzeugnisse durchkreuzen und unser Auslandsgeschäft nach Möglichkeit erweitern wollen, werden wir dafür sorgen müssen, daß unsere Qualitätsarbeit immer größerer Vervollkommenung annimmt. Das Ziel, das erreicht werden muß, besteht darin, daß der Begriff der Qualität, der Güte der Waren, mit dem deutschen Erzeugnis auf der ganzen Linie in untrennbare Verbindung tritt und ihm dadurch einen Weltruf verschafft. Man wende nicht ein, daß dadurch die notwendige Massenproduktion gefährdet werde. In Frankfurt ist mit Recht betont worden, daß auch der Verbraucher mit niedriger Kaufkraft einen kulturellen Anspruch auf Qualität habe. Es wäre der Ruin unserer Ausfuhr, wenn für sie die Devise gälte: billig, massenweise und schlecht. Billig, massenweise und erstklassige Qualität ist die richtige Parole, die allein helfen kann. Die auf der Frankfurter Tagung aufgestellten Richtlinien für die verschiedenen Möglichkeiten zur Steigerung deutscher Qualitätsarbeit werden als bedeutsame Grundlage für eine allgemein industrielle Orientierung nach dieser Richtung zu bewerten sein.

Auf das sozialpolitische Gebiet übertragen heißt das, daß der Lohn sich nach der Leistung richten muß. Wird dieser zwingende Grundlag wirtschaftlicher Vernunft durch falsche Tarifbestimmungen außer Kraft gesetzt, bei denen die Leistung ihrem Werte nach ausbleibt, richtunggebendes Prinzip für den Lohn zu sein, so besteht für die Volkswirtschaft die große Gefahr, daß allgemein minderwertige Arbeit, schundware geliefert wird, nach der rühmlichen Formel „billig und schlecht“. Dann können wir nur gleich einpacken. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß Deutschlands Entwicklung auf dem Weltmarkt von der planmäßigen Entwicklung der höher qualifizierten Produktion in sämtlichen Industriezweigen abhängt. Darauf weist insbesondere auch die keineswegs bloß zufällige, sondern mit der wirtschaftlichen Entwicklung unauflöslich zusammenhängende Erscheinung hin, daß bei allen Handelsvertragsverhandlungen als hauptsächlichste Ausfuhrinter-

Litauens Rache an Memel.

Die Ausweisung der Redakteure.

Berlin, 3. Sept. Die litauische Gesandtschaft teilt uns auf Anfrage mit, daß die Nachricht über die Ausweisung der drei reichsdeutschen Redakteure aus dem Memellande den Tatsachen entspricht. Ursprünglich seien die Aufenthaltbedingungen der drei Herren bereits im Dezember abgelaufen gewesen, damals aber bis August 1927 verlängert worden. Man habe seinerzeit diese Verlängerung mit einer ersten Mahnung verknüpft, die bezeichneten Herren sollten sich in Zukunft aller gegen den litauischen Staat gerichteten Propaganda enthalten. Diese Mahnung sei indessen nicht befolgt worden, im Gegenteil hätten die deutschen Journalisten „nicht einmal die üblichen korrekten Formen gewahrt“. Da zwischen Deutschland und Litauen ein Freundschaftsvertrag bestehe, könnten solche Störungen nicht geduldet werden. Im übrigen handle es sich um eine Maßnahme der memelländischen Lokalbehörden, die von diesen auf Grund ihrer selbständigen Befugnisse aus eigener Initiative unternommen worden sei. Die Angelegenheit sei noch nicht Gegenstand von Beratungen der Rownor Regierung gewesen, weshalb man über deren Stellung noch nichts sagen könne. Die litauische Gesandtschaft behauptet, daß es sich keinesfalls um eine Aktion gegen den reichsdeutschen Journalismus schlechthin handle.

Es scheint nach dieser Erklärung einmal, als ob die litauische Regierung die Verantwortung für den Schritt auf die memelländischen Lokalbehörden abwälzen möchte. Zum andern dürfte es ein Geheimnis der litauischen Behörden bleiben, wie sie sich journalistische Arbeit denkt, die nicht der Wahrheit entspricht; denn es ist allgemein bekannt, daß sich die Litauer zahllose Verdächtige gegen das Memelland auszusuchen kommen lassen und noch heute aus Schulen kommen lassen. Wenn nun reichsdeutsche Journalisten wahrheitsgemäß diese Verdächtige registrieren, setzen sie sich den Mahnungen der litauischen Regierung aus. Praktisch ist aber damit eine jede Tätigkeit deutscher Journalisten im Memellande unterbunden.

In der Wilhelmstraße verlautet weiter, daß der Reichsaussenminister sich in Genf mit dem dort weilenden litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras über den Memeler Zwischenfall besprechen wird. Ueber die Aussichten irgendwelcher Schritte gibt man sich allerdings wenig Illusionen hin. Schon wiederholt hat die litauische Regierung Zusicherungen betreffend Befreiung der Lage im Memelgebiet gemacht, ohne daß eine solche dann eintrat; im Gegenteil hat sich die Lage verschlechtert. Gegenüber der von vornherein aufscheinend wenig entschlossenen Haltung deutscherseits scheint die Frage

berechtigt, ob denn für das deutsche Millionenvolk wirklich keine Möglichkeit bestehen sollte, deutsche Staatsbürger in einem kleinen und unbedeutenden Nachbarstaate erfolgreich zu schützen.

Polen dementiert den Paktvorschlag.

Paris, 3. Sept. Der polnische Delegierte beim Völkerbund, Sokal, hat dem Genfer Korrespondenten des „Matin“ zu der gestern vom Genfer Korrespondenten des „Petit Parisien“ verbreiteten Nachricht, Polen beabsichtige, den Entwurf eines Nichtangriffspaktes vorzulegen, erklärt, diese Nachricht sei völlig unrichtig. Die polnische Regierung habe keine derartige Absicht. Dagegen sei es mehr als sicher, daß der polnische Delegierte bei der Entwaffnungsdebatte intervenieren werde. Diese Debatte werde vielleicht zurückgreifen auf die Resolution Markowski vom 25. September 1926, in der erklärt wurde, daß alle Verträge, die unter den Völkerbundsmitteln abgeschlossen worden seien, vom Geiste von Locarno getragen sein, das heißt, den gegenseitigen Bestand, das Schiedsgerichtsverfahren und die Notwendigkeit der Sicherheit betonen sollen.

Freude in Paris über den belgischen Umfall.

Paris, 3. Sept. Der Beschluß des belgischen Kabinetts, eine Untersuchungskommission für die Frankfurterfrage abzulehnen, wird von der Pariser Presse allgemein freudig begrüßt. Der rechtsstehende „Gaulois“ erklärt, der deutsche Vorschlag sei so wenig wie möglich von dem Wunsche nach Versöhnung und Beruhigung diktiert gewesen und habe sich als eine zweischneidige Waffe gezeigt, die geeignet gewesen wäre, den Friedensvertrag zu zerschlagen. Dadurch, daß Deutschland die Untersuchung auf alle am Kriege beteiligten Staaten ausgedehnt sehen wollte, hätte das Reich die Verantwortung an der Katastrophe von 1914, sowie die juristische Begründung der militärischen, politischen und finanziellen Verpflichtungen in Frage gestellt. (Z. U.)

Berlin, 3. Sept. Zur belgischen Ablehnung der Untersuchung über die Frankfurter Angelegenheit, die in der Berliner Presse einstimmig mit den schärfsten Worten gebürdelt wird, macht die „Deutsche Zeitung“ einen Vorschlag, der allgemeine Beachtung verdient. Sie fordert die Schaffung eines Untersuchungsausschusses mit dem Hinweis, daß, wenn auch die Belgier eine Teilnahme ablehnten, die Deutschen die moralische Pflicht hätten, weiterhin Streiter im Dienste der Wahrheit zu sein.